

4. Infrastruktur von Deutschland modernisieren

CDU/CSU	SPD	B'90/Die Grünen	Die Linke
<p>Vor allem Kinder und Jugendliche sollen von vielfältigen Sportangeboten und einer attraktiven Sportinfrastruktur profitieren. Den Sanierungsstau werden wir deshalb mit einem profunden Bundesprogramm abbauen. Als Unterstützung hat die unionsgeführte Bundesregierung das Programm zur „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ 2016 eingeführt und 2017 aufgestockt.</p> <p>Wir wollen weiterhin Sport auch innerstädtisch und in urbanen Räumen ermöglichen. Des-halb hat die unionsgeführte Bundesregierung mit der Reform der Sportanlagenlärmschutzverordnung Verbesserungen in puncto Nutzungsdauer und Ruhezeiten beschlossen. Bei der Abwägung von Anwohnerinteressen machen wir uns weiterhin dafür stark,</p>	<p>Die Sanierung und Instandhaltung gedeckter und ungedeckter Sportflächen ist ebenso eine kommunale Daueraufgabe wie der Bau neuer Sportstätten insbesondere in den Wachstumsregionen. Die SPD hat die Forderung nach einem mehrjährigen Förderprogramm für die Sportinfrastruktur in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Insbesondere finanzschwächere Kommunen haben in den vergangenen Jahren kaum in diesem Bereich investiert. Dies muss sich ändern.</p> <p>Bewegung und Sport setzt beim Kindesalter an. Daher ist es besonders für den inklusiven Sport von Nutzen, dass das unsinnige Kooperationsverbot in der Schulpolitik auf Drängen der SPD endlich aufgebrochen worden ist. Im ersten Schritt stellt der Bund 3,5 Milliarden Euro zur Sanierung von</p>	<p>Unser konkreter Vorschlag: Auf Bundesebene wollen wir ein 10-Milliarden-Programm zugunsten von Schulgebäuden einschließlich der Schulsportstätten auflegen. Das Programm zur „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wollen wir über 2018 hinaus fortsetzen. In grün mitregierten Ländern wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurde bereits eine Ausweitung von Sportstättenprogrammen auf den Weg gebracht.</p> <p>Die energetische Sanierung muss als wichtiges Förderkriterium gelten. Klimaschutzanstrengungen der Sportvereine müssen stärker unterstützt und gefördert werden.</p> <p>Es müssen Konzepte für spiel- und bewegungsfreundliche</p>	<p><u>Sportstätten sind Teil der Daseinsvorsorge</u> Freizeit- und Breitensport sind wesentliche Elemente einer gesunden Lebensweise, aktiver Freizeitgestaltung und sozialer Kommunikation. Dafür bedarf es entsprechender Sportplätze, Sporthallen und Schwimmbäder. DIE LINKE sieht mit Besorgnis, dass der Sanierungsstau bei Sportstätten stetig zunimmt. Viele sind baufällig, teilweise bereits gesperrt. 2009 hat die damalige Bundesregierung den Golden Plan für Sportstättenbau in einer Nacht-und-Nebel-Aktion entsorgt und die Verantwortung für Hallen, Plätze und Bäder allein den Ländern und Kommunen zugeschoben. Das Ansinnen der Fraktion DIE LINKE, diesen Plan wieder aufzulegen, hat die Mehrheit des Deutschen Bundestages nicht geteilt. Dabei muss es doch darum gehen, dass</p>

<p>dass ein wohnortnahes Sportangebot möglich ist und Vereine und Sportanlagenbetreiber Rechtssicherheit genießen.</p>	<p>Schulen und Sporthallen bereit. Dies ist vor allem für Vereine vor Ort von Bedeutung, da meistens Kooperationen zur Nutzung der Sporthallen bestehen. Neben den maroden Sportanlagen und -hallen verursachen die „warmen Kosten“ für die Vereine einen starken Druck. Die Energieeffizienz von vielen Turnhallen ist nur unzureichend. Daher hat das Bundesumweltministerium auf Vorschlag der SPD für Sportvereine mit Gemeinnützigkeitsstatus seit Sommer 2016 die Möglichkeit eröffnet, dass sie sich um Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen bemühen können. Ob Innen- oder Platzbeleuchtung, ob Wärmepumpen oder Heizungsanlagen usw. – moderne Technik hilft die Nebenkosten drastisch zu reduzieren. Dieses erfolgreiche Programm möchten wir in den nächsten Wochen vorführen und ausbauen.</p> <p>Bei der Sportanlagenlärmschutzverordnung sind wir ein gutes Stück vorangekommen, teilen aber die Einschätzung, dass es</p>	<p>Städte erarbeitet und umgesetzt werden.</p> <p>Wir setzen uns für die Barrierefreiheit von Sportstätten und Bädern ein, denn Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, zu dem der Sport einen wichtigen Beitrag leisten kann. Darüber hinaus wollen wir einen Altschuldenfonds für hoch verschuldete Kommunen auflegen, den Kommunen die drückenden sozialen Kosten durch den Bund teilweise abnehmen und die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittsteuer weiterentwickeln. Nur wenn die Kommunen finanziell ausreichend und aufgabengerecht ausgestattet sind, können sie sich der wichtigen Aufgabe, ihren Bürgerinnen und Bürgern Sportstätten und Bäder zur Verfügung zu stellen, auch wieder angemessen widmen.</p> <p>Wir brauchen endlich einen verlässlichen Überblick über die Sportstättensituation in Deutschland. Dazu muss auch der organisierte Sport seinen Beitrag leisten und</p>	<p>Bund, Ländern und Kommunen, gemeinsam dafür sorgen, vorhandene Sportflächen und -stätten einschließlich der Schwimmbäder zu erhalten, planerisch zu erfassen und mit dem erforderlichen Zuwachs in entsprechenden Entwicklungs- und Bebauungskonzeptionen festzuschreiben.</p> <p>Für DIE LINKE bedeutet Sportförderung gerade auch die Bereitstellung und Erhaltung von Sportstätten, die Sicherung ihrer entgeltfreien Nutzung sowohl durch gemeinnützige Sportvereine, Schulen und Kitas, als auch durch einzelne Bürgerinnen und Bürger als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Zukunftsprogramm sieht dementsprechend ausreichend Investitionen vor, um die Plätze, Hallen und Bäder barrierefrei und ökologisch sinnvoll zu sanieren und weiterzuentwickeln.</p>
--	--	--	--

	<p>weiterer Schritte bedarf, möglichst bis hin zu einer Gleichstellung mit Kinderlärm.</p>	<p>eine Prioritätenliste über sanierungsbedürftige Sportstätten erstellen.</p> <p>Wir treten im Bundestag genauso wie im Bundesrat für eine Erweiterung der Kinderlärmprivilegierung bei Sportstätten ein und hatten in der ablaufenden Wahlperiode einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorgelegt. Kinderlärm beim Sport verstehen wir als eine alltägliche Lebenswelt und nicht als einen Schließungsgrund für Sportstätten.</p> <p>Wir begrüßen es, dass die europäische Kommission im Juli 2017 eine geringere Anmeldeschwelle für staatliche Beihilfe in Sportinfrastruktur verabschiedet hat. So wurden administrative Hürden deutlich abgesenkt und der Prozess der Förderung wurde vereinfacht. Eine weitere Verbesserung der Förderfähigkeit für Sportinfrastruktur aus Mitteln der Europäischen Union findet unsere Zustimmung.</p>	
--	--	---	--